

Jürgen Reuter **Tauwetter mit  
Kluteinbrchen**

**Der griechisch-türkische  
Annäherungsprozess 1999 und 2000**

■ **Griechenland  
und seine Nachbarn**

Seit dem Amtswechsel von Andreas Papandreu zu Kostas Simitis im Jahre 1996 hat es Griechenland erfolgreich verstanden, sich von den Konflikten der unmittelbaren Nachbarländer abzugrenzen und nicht – wie noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre – als Bestandteil der „Krisenregion Balkan“ betrachtet zu werden. Der Athener Politologe Theodoros Couloumbis stellt rückblickend dazu selbstkritisch fest, Griechenland dürfe nicht nochmals zum Bestandteil der Probleme seiner krisengeschüttelten nördlichen und östlichen Nachbarländer werden und rät: „Wir müssen es vermeiden, nationalistischen Phantastereien von Konflikten der Kulturen oder Achsen mit ‚Brudernationen‘ anzuhängen. Gleiches gilt für die stümperhafte Antizipation der Gedanken von Thukydides, Machiavelli oder von Clausewitz.“ Strategische Achse griechischer Außenpolitik, die glücklicherweise von der übergroßen Mehrheit der politischen Kräfte des Landes getragen werde, müsse die Politik der Erweiterung von EU und NATO um Balkanstaaten sein. Griechenland müsse sich vergegenwärtigen, dass die Modernisierung der Nachbarstaaten im griechischen Interesse sei, weil mit der Etablierung demokratischer Institutionen, der Schaffung freier und konkurrenzfähiger Märkte und der Entwicklung von Bürgergesellschaften unverzichtbare Elemente der Stabilität auf dem Balkan geschaffen würden.<sup>1)</sup>

Sowohl mit Albanien, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien als auch zum dritten Nachbarn, Bulgarien, bestehen gegenwärtig normale

Nach der „Ocalan-Affäre“ befanden sich die griechisch-türkischen Beziehungen Anfang 1999 auf einem Tiefpunkt. Doch statt der erwarteten „Eiszeit“ folgte bereits wenige Monate später ein Annäherungsprozess zwischen Athen und Ankara. Gewerterg laufen Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen. Zwei Politiker sind die Protagonisten dieses später vielleicht als historisch bezeichneten Prozesses – der griechische Außenminister Jorgos Papandreu und sein türkischer Amtskollege Ismail Cem.

1) *Kathimerini*, 7. 5. 2000.

2) Die Türkei drohte im Streit um die Küstengewässer für den Fall, dass Griechenland seine Hoheitsgewässer – entsprechend dem Völkerrecht – von sechs auf 12 Seemeilen ausdehnen würde, mit dem „casus belli“. So ermächtigte die türkische Nationalversammlung am 8. Juni 1995 die Regierung im Falle der Ausdehnung der Hoheitsgewässer gegen Griechenland mit „allen für notwendig erachteten – einschließlich militärischen Maßnahmen“ vorzugehen, „um die vitalen Interessen unseres Landes zu schützen“. (Zit. nach: *Archiv der Gegenwart*, 65. Jahrgang [1995], (Sankt Augustin: Siegler und Co. 1995), S. 40054.

bis gute Beziehungen. Allein mit der Türkei befindet sich Griechenland in einer ständigen Konfliktsituation. Strittig sind v.a. die Ausdehnung der Territorialgewässer, die Abgrenzung des Festlandssockels in der Ägäis, die Begrenzung des Luftraumes zwischen beiden Staaten und die Zukunft des seit 1974 geteilten und im Norden von der türkischen Armee besetzten Zypern. Weitere Konfliktstoffe zwischen Athen und Ankara bieten die Behandlung und Aktivitäten der moslemischen Minderheit in West-Thrakien sowie der griechischen Minderheit in Istanbul, die unterschiedlichen Auffassungen über den militärischen Status griechischer Ostägäis-Inseln und nicht zuletzt die Existenz einer mit zahlreichen Landungsbooten ausgestatteten (und nicht in die NATO-Strukturen integrierten) türkischen militärischen Einheit in Izmir, der sogenannten 4. Armee („Ägäis-Armee“). Beide Seiten favorisieren seit Jahren unterschiedliche Themen, vor allem aber unterschiedliche Verfahrensweisen zur Streitbeilegung. Griechenland stellt drei Vorbedingungen an Ankara: Den Verzicht auf die Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt<sup>2)</sup>, die Anerkennung internationalen Rechts und internationaler Abkommen sowie die Bereitschaft Ankaras, eventuelle territoriale Ansprüche auf Inseln im Ägäischen Meer vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag klären zu lassen. Die Türkei spricht dagegen immer wieder von einem „politischen Dialog“, der über alle „offenen Fragen“ geführt werden solle. Auf ein solches Verhandlungspaket will sich Athen nicht einlassen, weil es dadurch gezwungen würde, auch Themen in die Gespräche und in das gegenseitige Geben und Nehmen einzubeziehen, über die es nach eigener Auffassung nichts zu verhandeln gibt. Aus diesem Grund wird der immer wieder von der Türkei angebotene „umfassende Dialog“ abgelehnt. Mit der Türkei gibt es, so die Position Athens, bilateral nur eine Frage zu klären: Die Grenzziehung des Festlandssockels in der Ägäis. Alle anderen, im Laufe der Jahre von der türkischen Seite vorgebrachten Anliegen betrachtet Griechenland als „willkürliche Forderungen“, die unter Missachtung internationaler Vereinbarungen gegen Hellas gerichtet seien. Ausgewogene vertrauensbildende Maßnahmen werden dagegen begrüßt. Deren Verwirklichung erscheint diesmal zum Greifen nah.

## ■ Von der calan-Krise zur griechisch-türkischen „Erdbendiplomatie“

Als Anfang 1999 bekannt wurde, dass PKK-Chef Öcalan in der griechischen Botschaft in Nairobi vorübergehend Zuflucht gewährt wurde, sanken die griechisch-türkischen Beziehungen zunächst auf einen Tiefpunkt. Nicht wenige Kommentatoren sprachen damals von einer großen Krise der griechisch-türkischen Beziehungen, ausgelöst durch die missliche Handhabung des Falles Öcalan seitens der griechischen Regierung. Athen sei international bloßgestellt worden, indem es durch sein Verhalten die Grundlage für Beschuldigungen Ankaras über Verwicklungen Griechenlands in den Partisanenkampf der PKK geschaffen habe.<sup>3)</sup> Die Türkei reagierte mit der Drohung, Griechenland vor internationalen Organisationen als Terroristen-Staat anzuklagen, und verlangte, die griechische Regierung müsse sich vom Verdacht der PKK-Unterstützung befreien. Die Affäre Öcalan hatte in Athen eine Regierungskrise ausgelöst und unter anderem zum Rücktritt von Außenminister Theodoros Pangalos geführt.<sup>4)</sup> Nun rückte Jorgos Papandreu, vormals stellvertretender Außenminister, zum Chef des griechischen Außenamtes auf. Mit ihm kam ein spürbarer Wechsel in die griechische Türkeipolitik. Papandreu konnte einerseits auf sein gutes Verhältnis zu seinem türkischen Amtskollegen Ismail Cem aufbauen<sup>5)</sup>, andererseits motivierte ihn die Erfahrung einer fruchtbaren Kooperation mit der Türkei während der Kosovokrise im Frühjahr 1999. Damals arbeiteten beide Länder in humanitären Fragen zusammen. Türkische Militärflugzeuge durchquerten den griechischen Luftraum, um humanitäre Hilfe im Kosovo zu leisten.<sup>6)</sup> Im Sommer 1999 vereinbarten sie den Einsatz von Arbeitsgruppen auf der Ebene hoher Beamter, die über sogenannte nachrangige Themen (*low politics*) von gemeinsamem Interesse beraten sollten, um auf diese Weise vertrauensbildend zu wirken. Die „heißen Themen“ Zypernkonflikt und Ägäisproblematik blieben bewusst ausgeklammert. Statt dessen sprach man über Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen, beim Tourismus und Umweltschutz, beim Kulturaustausch, bei der Bekämpfung

3) So Kostas Iordanidis in: *Kathimerini*, 23. 1. 2000.

4) Siehe dazu: Coulombis und Veremis, in: *Kathimerini*, 7. 3. 1999; Triantaphyllou, in: *Athens News*, 10. 3. 1999 und in: *Eleftherotypia*, 28. 3. 1999.

5) In einem Fernsehinterview kennzeichnete Papandreu seinen türkischen Amtskollegen als ehrlichen Verhandlungspartner, der sein Wort unbedingt halte. Das Verhältnis der beiden Außenminister zueinander charakterisierte er als Vertrauensverhältnis. Interview mit Papandreu, gesendet im griechischen Fernsehsender „Star“, in der Hauptnachrichtensendung vom 13. 12. 1999, 19.45 bis 21.00 Uhr OEZ.

6) Interview mit Jorgos Papandreu, in: *Newsweek International*, 21. 2. 2000.

des Personenschmuggels, des Rauschgifthandels, der organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus. Die diversen Arbeitsgruppen tagten in mehreren Gesprächsrunden erfolgreich und arbeiteten zahlreiche unterschriftsreife Abkommen, darunter eine Vereinbarung über Terrorismus, aus. Zu der diplomatischen Annäherung gesellte sich im Sommer 1999 ein atmosphärischer Wandel sowohl innerhalb der griechischen als auch der türkischen Bevölkerung: die Erdbebenkatastrophen in der Türkei im August 1999 und in Griechenland im September desselben Jahres lösten in beiden Ländern eine Welle des Mitgefühls und der spontanen Hilfe aus. Dadurch wurde in beiden Völkern der Geist guter Nachbarschaft zweifelsohne gestärkt, was in dem neugeprägten Begriff der „Erdbeben-diplomatie“ treffend zum Ausdruck kommt.<sup>7)</sup> Die ersten Schritte waren ermutigend, aber zunächst stand im Dezember 1999 der EU-Gipfel in Helsinki bevor. Dort musste sich die Tragfähigkeit der neuen griechisch-türkischen Beziehungen erweisen, wenn über die von Ankara erstrebte Aufwertung als „EU-Beitrittskandidat“ zu entscheiden war. Nicht nur Griechenland hatte bisher Bedenken gegen einen solchen Schritt geäußert.

7) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. 12. 1999.

8) Veremis und Couloumbis schrieben bereits 1994, es sei nützlich für das Land, wenn Athen der Türkei die Tür nach Europa nicht verriegeln würde. Es sei ein Fehler, als Sündenbock für den Ausschluss der Türkei von Europa herzuhalten. (Vgl. Veremis, Th./Couloumbis, Th., *Griechische Außenpolitik, Perspektiven und Problemstellungen*, Athen 1994, S.49 und 1997, S.56.)

### ■ Griechenland und die Diskussion um die EU-Beitrittskandidatur der Türkei

Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass Papandreu offene und dialogbetonte Politik Griechenland eine neue, souveränere Rolle in der Türkei Frage zuwies. Die in der Vergangenheit von Empfindlichkeiten und Vetodrohungen gekennzeichnete Türkei-politik Griechenlands hatte es der EU leicht gemacht, aus tatsächlicher oder vermeintlicher Rücksichtnahme gegenüber Athen die Türkei auf Distanz zu halten. Papandreu schien fest entschlossen, diese „Sündenbock-Rolle“ Griechenlands innerhalb der EU abzuliegen. Die Idee an sich ist nicht neu<sup>8)</sup>, Papandreu allerdings setzte sie erstmals erfolgreich in die Tat um: „Die EU muss jetzt als Ganzes in dieser Frage mehr Transparenz und Aufrichtigkeit entwickeln. Alle anderen müssen jetzt klar sagen, ob und in welcher Verfassung sie die Türkei in Europa haben wollen. [...] Wir Griechen wollen eine europäische Türkei,

und zwar im substanziellen Sinne – nicht nur nominell. Das heißt, dass die Türkei sich in Richtung mehr Demokratie entwickelt, dass sie ihre außenpolitische Sicht verändert, sich nicht so bedroht fühlt – und damit fähig, Lösungen für umstrittene Fragen auch im Verhältnis zu Griechenland zu finden. [...] Griechenland ist dafür, dass die Türkei in Helsinki zum tatsächlichen EU-Kandidaten wird, und nicht bloß zum virtuellen.“<sup>9)</sup>

Noch im Dezember 1997 hatte der Europäische Rat in Luxemburg die EU-Aspirationen der Türkei abgelehnt, doch bereits im Dezember 1999 erhielt Ankara den so lange ersehnten Kandidatenstatus zugesprochen. Zugleich wurde allerdings deutlich, dass die EU eher Wert auf die ökonomische und strategisch-militärische Verbindung mit dem Land am Bosphorus legt und die politische Integration des Landes in die EU dagegen in weite Ferne stellt. Vor allem der befürchtete Strom von Arbeitskräften aus Anatolien zu den ohnehin von Arbeitslosigkeit geplagten europäischen Arbeitsmärkten lässt einen Beitritt in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich erscheinen. Andererseits braucht Ankara aus innenpolitischen Gründen (Modernisierer versus Traditionalisten/islamische Fundamentalisten) den offiziellen Kandidatenstatus und weiß dabei sehr wohl, dass es bis zu einer möglichen EU-Mitgliedschaft mindestens eine Generation dauern wird. So oder ähnlich könnten die Überlegungen in Brüssel und den europäischen Metropolen lauten. Großbritanniens Außenminister Robin Cook machte stellvertretend für viele seiner Amtskollegen deutlich, wie locker die Verbindung der Türkei mit der EU sein soll. Zwar solle der Türkei ein Kandidatenstatus zugesprochen werden, um so die „progressiven Kräfte“ im Lande bei ihren Bemühungen um notwendige Veränderung in der Menschenrechtsfrage zu unterstützen. Zugleich betonte Cook, dass die Erlangung des Kandidatenstatus keinesfalls mit einer endgültigen Entscheidung über die türkische EU-Mitgliedschaft zu verwechseln sei. Es handele sich lediglich um die erste Entscheidung eines langen Prozesses. Bevor Ankara nicht die Kopenhagener Kriterien bezüglich der Achtung der Menschenrechte, der Demokratisierung und der geforderten Anerkennung von Minderheitenrechten erfülle, sei in diesem Prozess keinerlei

9) Interview mit Jorgos Papandreou in: *Die Tageszeitung*, 1. 11. 1999.

- 10) Vgl. Cook's discussions with Greek Foreign Minister, London, 18. 10. 1999, (<http://www.mfa.gr/whats-new/> (14. 11. 1999)).
- 11) *Kathimerini*, 2. 12. 1999.
- 12) *Süddeutsche Zeitung*, 4. 12. 1999.
- 13) *Süddeutsche Zeitung*, 2. 12. 1999.
- 14) Interview mit EU-Kommissar Patten, in: *Der Spiegel*, Nr. 49/1999, 6. 12. 1999.
- 15) Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Europäischer Rat (Helsinki), 10. und 11. Dezember 1999, DN: PRES-/99 /999, in: <http://www.europa.eu.int.rapid/cgi>
- 16) So P. Kazakos, in: *Kathimerini*, 25./26. 12. 1999.

Fortschritt möglich.<sup>10)</sup> Eine ähnliche Auffassung vertreten der französische Außenminister Hubert Vedrine<sup>11)</sup> sein deutscher Kollege Joseph Fischer<sup>12)</sup> und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi.<sup>13)</sup> Der EU-Kommissar für Auswärtige Beziehungen, Chris Patten, sprach sich in diesem Zusammenhang für die Schaffung einer Freihandelszone rund um das Mittelmeer aus, in der die Türkei eine starke Rolle spielen könnte.<sup>14)</sup>

Griechenland erreichte auf dem EU-Gipfel von Helsinki, dass viele Elemente des bilateralen griechisch-türkischen Konfliktes in den künftigen Dialog der Europäischen Union mit der Türkei integriert wurden und vor einem eventuellen Beitritt der Türkei beigelegt sein müssen.<sup>15)</sup> Die EU hält eine Lösung des Zypernproblems für wünschenswert, doch wird explizit erklärt, dass die Lösung keine Vorbedingung für den Beitritt Zyperns zur EU darstellt. Eine Zusage der EU, Zypern in jedem Fall aufzunehmen, lässt sich daraus allerdings nicht ableiten. Im Übrigen bleibt abzuwarten, ob die Mitgliedstaaten künftig diese Position mit derartiger Deutlichkeit vertreten werden. Der Text von Helsinki dürfte in dieser Frage auch den türkischen Interessen und den mit Vorbehalten gegenüber einem Beitritt Zyperns eingestellten EU-Staaten entsprechen, denn im Paragraph 9b der „Schlussfolgerungen“ der Ratspräsidentschaft ist fixiert, dass der Rat, wenn er über die Frage des Beitritts Zyperns beschließen wird, dabei „alle maßgeblichen Faktoren berücksichtigen“ werde. Diese Passage lässt sich in vielerlei Hinsicht interpretieren.<sup>16)</sup> In der Frage einer möglichen Anrufung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zwecks griechisch-türkischer Konfliktregulierung hat die EU nun eine *deadline* gesetzt. Der Europäische Rat „fordert die beitriftswilligen Länder auf, alles daran zu setzen, etwaige ungelöste Grenzstreitigkeiten und andere damit zusammenhängende Fragen zu lösen. Ist keine Lösung zu erreichen, sollten sie den Streitfall innerhalb einer angemessenen Frist dem Internationalen Gerichtshof vorlegen. Der Europäische Rat wird die Situation hinsichtlich ungelöster Streitfälle, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Beitrittsprozess und mit dem Ziel, ihre Beilegung durch den Internationalen Gerichtshof zu fördern, spätes-

tens Ende 2004 überprüfen.<sup>17)</sup> Nun bleibt weniger Spielraum für eine Verzögerung dieser Fragen.

17) Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Europäischer Rat (Helsinki), 10. und 11. Dezember 1999 a.a.O.

18) *To Vima*, 6.2.2000.

## ■ Griechisch-türkische Beziehungen nach Helsinki

*Jorgos Papandreou – Ismail Cem: „Staatsmänner des Jahres“*

Gleich zu Beginn des Jahres 2000 wurde die griechisch-türkische Detente fortgesetzt. Jorgos Papandreou reiste am 19./20.1.2000 zu Gesprächen nach Ankara. Dort konnten drei Verträge und ein Memorandum unterzeichnet werden. Vereinbart wurden (1.) die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Terrorismus, (2.) ein Abkommen über die Beförderung und den Schutz von Investitionen in beiden Ländern sowie (3.) die Kooperation im Tourismussektor. In einem gemeinsamen Memorandum bekannten sich beide Staaten zu gemeinsamem Wirken beim Umweltschutz. Ministerpräsident Bülent Ecevit sprach anlässlich eines Treffens mit Jorgos Papandreou eine Einladung an den griechischen Ministerpräsidenten, Kostas Simiitis, zu einem Staatsbesuch in die Türkei aus.

Der Besuch Ismail Cems in Athen vom 3. bis 5. Februar 2000 beschloss die erste Runde der griechisch-türkischen Annäherung nach dem Helsinki-Gipfel.<sup>18)</sup> Wenn auch – wie erwartet – kein Durchbruch in den für beide Seiten zentralen Themen wie Zypernproblem und Konflikt um Souveränitätsrechte in der Ägäis erreicht wurde, so war der Ertrag der bisherigen Bemühungen keineswegs unbedeutend. In Athen konnten weitere Verträge unterschrieben werden, die den Weg für die bislang blockierte wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder frei machen und dazu beitragen werden, das gegenseitige Misstrauen weiter abzubauen. Wichtiger Bestandteil für die Vertrauensbildung blieb das gute persönliche Verhältnis der beiden Außenminister zueinander. Bezeichnend für den gegenseitigen respektvollen Umgang war die Tatsache, dass rhetorische Überraschungsattacken trotz unterschiedlicher Auffassungen zu zentralen Streitfragen ausblieben. So hatte Papandreou Cem darüber informieren lassen, dass er bei der Begrüßungsrede für seinen türkischen Amtskollegen aus-

19) Nach der Türkeireise wurde der Vorwurf erhoben, Papandreou erwähne das Zypernproblem nur, wenn er explizit darauf angesprochen werde. (*Kathimerini*, 23. 1. 2000).

20) *Kathimerini*, 7. 5. 2000.

21) *Ependyitis*, 17./18. 6. 2000.

fürhlich auf das Zypernproblem eingehen werde.<sup>19)</sup> Wegen ihrer Bemühungen um die griechisch-türkische Annäherung wurde den Außenministern beider Länder im Mai 2000 vom New Yorker Ost-West-Institut der Preis „Staatsmann des Jahres“ verliehen. Ismail Cem hob in seiner kurzen Rede während der Verleihungszeremonie hervor, dass seinem griechischen Kollegen Jorgos Papandreou der Preis mehr zustehe als ihm selbst. Papandreou bekräftigte in New York seine Auffassung, dass gegenwärtig nicht spektakuläre Initiativen, sondern die stetige und kontinuierliche Kooperation die griechisch-türkischen Beziehungen voran brächten. In New York kamen beide Außenminister überein, den Entspannungsprozess zunächst mit der Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen fortzusetzen. Anschließend könnten weitere „heiße Themen“ angegangen werden. Athen war bemüht, keine Schritte zu unternehmen, die so gedeutet werden könnten, als wolle die Administration Simitis in irgendeiner Weise den rechtlichen Status quo in der Ägäis ändern.<sup>20)</sup>

### *Erfolgreiche und gescheiterte Kooperation Athen-Ankara bei NATO-Manövern*

#### ■ „Dynamic Mix 2000“ – Die Kooperation funktioniert

Beispielhaft für die diplomatische Umgehung von Streitpunkten mit dem Ziel, eine griechisch-türkische Kooperation „ohne Gesichtsverlust“ einer Seite zu erreichen, war die Planung und Durchführung der NATO-Übung „Dynamic Mix 2000“ (20. Mai bis 10. Juni 2000) in der Südägäis und im Ionischen Meer. An dem Manöver nahmen neben anderen sowohl griechische wie auch türkische Verbände teil. Insgesamt waren 14 Länder beteiligt.<sup>21)</sup> Die NATO-Übung war gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Sensibilität hinsichtlich griechischer und türkischer Positionen, die bislang eine gemeinsame Manöverteilnahme unmöglich gemacht hatten. So war es kein Zufall, dass im Rahmen dieser Übung die Übereinkunft erzielt wurde, dass die teilnehmenden türkischen (wie alle anderen) Militärflugzeuge ihre Flugpläne angeben mussten, bevor sie in den griechischen Luftraum einflogen. Zugleich war die Manöverplanung so angelegt, dass die griechische Insel Limnos



wegen des umstrittenen Status ausgeklammert werden konnte. Die juristische Auseinandersetzung um den Status der Insel Limnos basiert auf der unterschiedlichen Auslegung des Vertrages von Lausanne und der ihm angefügten Meerengenkonvention (1923) sowie der Konvention von Montreux, in der die Meerengenkonvention neu geregelt wurde (1936). Beide Verträge regeln den Status der Inseln in der Ostägäis einschließlich jener am Ausgang der Dardanellen. Im Meerengenstatut von 1923 wurde festgelegt, dass die griechischen Inseln Limnos und Samothraki sowie die türkischen Inseln Imroz, Bozcaada und die Kanincheninseln entmilitarisiert werden. Im Jahre 1936 wurde mit der Konvention von Montreux das Meerengenstatut neu und zugunsten der Türkei geregelt. Die Militarisierung des Meerengenbereichs wurde nun ausdrücklich wieder gestattet. Die Konvention sagt nichts über den Status der Inseln aus. Axt und Kramer betonen: „Griechenland schließt hieraus, dass die Entmilitarisierungsvorschrift der Lausanner Konvention durch den neuen Vertrag, der diese ja ersetzt, stillschweigend aufgehoben wurde. Das wird von türkischer Seite mit sehr diffizilen, aber dennoch wenig überzeugenden juristischen Argumenten bestritten.“ Türkische Regierungen hatten in den dreißiger Jahren nichts gegen die griechischen Remilitarisierungsmaßnahmen einzuwenden. Sie wurden sogar vom türkischen Außenminister Aras am 31.7.1936 in einer Erklärung vor der Großen Türkischen Nationalversammlung ausdrücklich akzeptiert.<sup>22)</sup>

Der Streit um die Insel Limnos hatte in der Vergangenheit dazu geführt, dass Griechenland den NATO-Übungen in der Ägäis fernblieb. Griechenland schloss sich diesmal der NATO-Argumentation an, die Insel nicht in die Übungsplanungen einzubeziehen. Allerdings lehnte es die griechische Administration ab, das Gebiet um die Insel Limnos als Territorium mit ungeklärtem Status zu bezeichnen, wie es die NATO tat. Das Beispiel von „Dynamic Mix 2000“ zeigte deutlich, wie sehr die NATO darum bemüht war, keiner Seite die Möglichkeit zu geben, NATO-Regelungen im Sinne des eigenen nationalen Standpunktes zu interpretieren, wie es noch früher mit der Zuweisung der Operationskontrolle bei Manövern geschehen war. Iannis Kartalis betonte, dass mit die-

22) Vgl. und zitiert aus: Axt, Heinz-Jürgen/Kramer, Heinz, *Entspannung im Ägäiskonflikt?*, Baden-Baden 1990, S. 29f. Siehe dazu auch: League of Nations Treaty Series, Genf, Band 28 (1924), S. 11-285 (Friedensvertrag von Lausanne aus dem Jahre 1923) und ebenda, Band 173 (1936) S. 213-232 (Meerengenstatut von Montreux von 1936).

23) *To Vima*, 14. 5. 2000.

24) *Kathimerini*, 13. 5. 2000.

25) Siehe dazu oben, Anm. 22.

26) Vgl. zum folgenden: Griechische Soldaten unternehmen „Landung“ in Izmir, in: <http://www.in.gr/eidiseis/ellada> (11. 10. 2000, 16:22 Uhr); Verwicklung beim NATO-Manöver *Destined Glory*, in: Ebenda, (12. 10. 2000, 15:01 Uhr); Beginn des Manövers „*Nikiforos*“, in: Ebenda, (17. 10. 2000, 13:07 Uhr); Erneute türkische Provokation beim Manöver *Destined Glory*, in: Ebenda, (18. 10. 2000) und Fortsetzung der türkischen Provokationen in der Ägäis, in: Ebenda, (19. 10. 2000, 15:44 Uhr).

ser „salomonischen Lösung“ Griechenland erstmals seit Jahrzehnten an einer NATO-Übung in der Ägäis teilnahm, und er sah darin ein an die Türkei gerichtetes Zeichen guten Willens. Ankara habe dies seinerseits mit der Geste quittiert, die Flugpläne seiner Militärmaschinen bei der griechischen Luftraumkontrollbehörde anzumelden.<sup>23)</sup> Der griechische Verteidigungsminister Akis Tsochatsopoulos konnte denn auch im Parlament bekanntgeben, dass dem griechischen Außenministerium bereits am 11. Mai die vorläufigen Flugpläne für 12 türkische Kampfflugzeuge, die am 19. Mai 2000 in den griechischen Luftraum einfliegen wollten und auf dem Flughafen von Anchialo bei Volos zu landen beabsichtigten, übermittelt wurden und dass diese bereits genehmigt worden seien.<sup>24)</sup>

### ■ Zwischenfälle beim NATO-Manöver „*Destined Glory 2000*“ (9.-25. 10. 2000)

Als am 11. Oktober 2000 griechische Marineeinheiten im Raum von Izmir eine Landung übten, unterbrachen türkische Fernsehsender ihre Programme, um Live-Bilder von der Aktion zu senden. Die griechische Teilnahme an der NATO-Übung „*Destined Glory 2000*“ war von der öffentlichen Meinung in der Türkei außerordentlich begrüßt worden. Der türkische Justizminister, Hikmet Sami Turk, hob mit Genugtuung hervor, dass erstmals seit 30 Jahren griechische Kampfflugzeuge im Rahmen der NATO-Übung auf türkischem Boden gelandet seien. Die anfängliche Begeisterung schwand allerdings, als erneut eine alte Streitfrage zwischen den Generalstäben beider Länder entbrannt war: Der Disput um den militärischen Status der griechischen Inseln Limnos (Nordostägäis) und Ikaria (Ostägäis). Die Türkei fordert deren Entmilitarisierung, was Griechenland ablehnt. Wie auch in anderen Fällen des griechisch-türkischen Konfliktes geht es um unterschiedliche Interpretationen völkerrechtlicher Verträge.<sup>25)</sup> Was war passiert?

Einen Tag nach der Marineübung vor Izmir kam es am 12. Oktober 2000 zum Eklat über die Frage, ob die Luftkorridore über den Inseln Limnos und Ikaria befliegen werden könnten oder nicht, was die Türkei verneinte.<sup>26)</sup> Die griechische Seite reagierte sofort und

setzte die Flüge der griechischen Luftwaffe aus. Nach Angaben von Athen war die Nutzung der erwähnten Luftkorridore in der ursprünglichen NATO-Manöverplanung enthalten gewesen, und es liege ein Gutachten der NATO-Rechtsabteilung vor, wonach die Nutzung der besagten Luftkorridore durch NATO-Flugzeuge keine juristischen Probleme aufwerfe.<sup>27)</sup> Die operative Kontrolle aller Flugbewegungen des Manövers oblag dem Chef des NATO-Luftwaffenhauptquartiers für Südeuropa (AIRSOUTH), Ronald Keys, der gemeinsam mit seiner Stabsführung in die Türkei gekommen war. Während der Abwesenheit von Keys (Reise in die USA), so der griechische Vorwurf, habe dessen türkischer Stellvertreter am 11. Oktober 2000 seine NATO-Kollegen davon überzeugen können, die ursprünglichen Manöverpläne zu ändern und die Flugkorridore über Limnos sowie Ikaria aus der ursprünglichen Manöverplanung herauszunehmen. Griechenland drohte daraufhin mit dem Abzug seiner Einheiten, falls nicht wieder die ursprünglichen Manöverpläne Gültigkeit erhalten würden. Nachdem die NATO die volle Nutzung der Luftkorridore über Limnos und Ikaria sowie über jeglichem Gebiet der Ägäis befürwortet hatte, kündigte Griechenlands Verteidigungsminister Tsochatopoulos am 17. Oktober 2000 den Verbleib der griechischen Einheiten in der Türkei an. Bereits am nächsten Tag kam es zu einem ernststen Zwischenfall im Luftraum nahe der Dardanellen, als türkische Kampfflugzeuge versuchten, drei griechische A-7 Corsair Bomber abzudrängen. Die in Araxos (Peloponnes) gestarteten A7-Flieger waren zuvor über Limnos in den türkischen Luftraum eingeflogen. Der zuständige NATO-Befehlshaber ordnete sofort die Rückkehr der griechischen Flugzeuge nach Araxos an, um auf diese Weise ein mögliches Gefecht zu verhindern. Eine geplante Übung zur Unterstützung von Marineübungen aus der Luft, die gemeinsam von griechischen und türkischen Fliegern geprobt wurde, verlief hingegen reibungslos. Am 19.10.2000 gab es einen weiteren Zwischenfall, bei dem vier türkische F-16-Flugzeuge mit zwei griechischen A-7 Corsair Bombern östlich von Rhodos aneinandergerieten. Die griechischen Flieger waren auf dem Weg nach Zypern, um am gemeinsamen griechisch-zypriotischen Manöver „Nikiforos“ teilzunehmen. Griechen-

27) Nach Angaben der griechischen Zeitung Kathimerini ist der Wert des besagten Rechtsgutachtens für die griechische Seite allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da Ankara im Besitz eines früheren Gutachtens sei, welches die türkische Auffassung unterstütze. (*Kathimerini*, 28./29. 10. 2000.)

- 28) Aegean rumpus, in: *The Economist*, 28. 10. 2000.
- 29) *Stuttgarter Nachrichten*, 24. 10. 2000.
- 30) Beginn des Manövers „Niki-foros“ in: <http://www.in.gr/aidiseis/ellada>, 17. 10. 2000, 13:07 Uhr
- 31) Darauf wurde oben bereits im Zusammenhang mit der Übung „Dynamic Mix 2000“ eingegangen.
- 32) Papandreou und Cem hatten dies Mitte September 2000 in New York vereinbart. (*Eleftherotypia*, 18. 9. 2000).

land beschloss nach einigem Zögern den Abzug seiner Truppen vom NATO-Manöver „Destined Glory“. <sup>28)</sup> Der letztgenannte Zwischenfall wirft ein Licht auf einen wichtigen Hintergrund für den Konfliktausbruch. Die in zeitlicher Nähe zum NATO Manöver angesetzten griechisch-zypriotischen Militärübungen auf Zypern waren Ankara ein Dorn im Auge, zumal nach türkischen Angaben die Einnahme des türkischen Nordteiles der Insel geübt werden sollte. <sup>29)</sup> Außerdem wurde dort erstmalig der Einsatz von russischen Tor-M1-Luftabwehrsystemen geprobt. <sup>30)</sup> Die griechisch-türkischen Beziehungen kühlten sich nun merklich ab. Das griechische Parlament setzte die Ratifizierung von Abkommen mit der Türkei aus, und die für Mitte Oktober geplanten Unterredungen Papandreou-Cem auf Rhodos bzw. in Marmaris wurden kurzfristig abgesagt. Eine für den 30.10.2000 in Budapest vorgesehene gemeinsame Preisverleihung an Papandreou und Cem durch die NATO wurde verschoben. Die Vorfälle machen deutlich, wie schnell die alte Konfliktsituation in der Ägäis wieder präsent sein kann.

Welche Motive standen hinter den Zwischenfällen in der Luft? An die türkische Seite richtet sich die Frage, wieso von dort Abfangjäger starten, wenn griechische Flugzeuge anlässlich eines NATO-Manövers den Luftkorridor über der griechischen Insel Limnos nutzen. Selbst wenn es zuträfe, dass dort ein entmilitarisierter Status gelten würde, was zu bezweifeln ist, <sup>31)</sup> so ist es überaus fraglich, wieso der darüberliegende Luftraum während einer NATO-Militärübung nicht genutzt werden darf. Es ist zu vermuten, so der Journalist Stavros Lygeros, dass die türkische Seite mit der Aktion deutlich machen wollte, dass sie den Verzicht des Schutzes der Inseln in der Ostägäis durch die griechische Luftwaffe als ein zu erreichendes Ziel beim immer wieder geforderten „Ägäisdialog“ im Auge haben könnte. Zudem fällt der zeitliche Zusammenhang zwischen den Manöverereignissen und der griechisch-türkischen Verabredung auf, wonach über den militärischen Bereich der zu schaffenden vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der NATO verhandelt werden sollte. <sup>32)</sup> Wie gesehen, konnte die NATO aber die Zwischenfälle während der Übung „Destined Glory 2000“ nicht regeln und schon gar nicht verhindern. Ziel könnte es gewesen

sein, auf diese Weise den NATO-Verantwortlichen vor Augen zu führen, dass allein ein bilateraler, griechisch-türkischer Dialog geeignet sein kann, um die Probleme in der Ägäis zu lösen. Offen bleibt die Frage, inwieweit es sich bei den Abfangmanövern um nicht mit der politischen Führung in Ankara abgestimmte Maßnahmen türkischer Militärs handelte. An die zuständigen griechischen Ministerien muss die Frage gestellt werden, warum sie nicht dazu beitragen, der Öffentlichkeit ein vollständiges Bild der Ereignisse beim Manöver zu präsentieren. Vyron Theodoropoulos, ehemals Ständiger Vertreter Griechenlands bei der NATO und späterer Leiter der Türkei- und Zypern-Abteilung im griechischen Außenministerium, forderte die Veröffentlichung der ursprünglichen Manöverpläne, um damit eine wichtige Frage anzustoßen: Wurden die ursprünglichen Planungen von „Destined Glory“ tatsächlich auf türkisches Betreiben hin abgeändert und Limnos sowie Ikaria aus der NATO-Planung herausgenommen?<sup>33)</sup> Treffend beschreibt schließlich der griechische Militär-experte Chasapopoulos die vorprogrammierte Krise, wenn er in Betracht zieht, dass Ankara genau um die Athener Reaktion wusste, falls die Forderung nach Entmilitarisierung der Inseln Limnos und Ikaria erhoben würde. Athen hätte mit seinem Abzug vom Manöver reagiert und der Türkei vorgeworfen, wieder zum Status quo der achtziger Jahre (Periode des „Kalten Krieges“) zurückkehren zu wollen. Damals hatte Griechenland wegen der Ausklammerung von Limnos seine Teilnahme an entsprechenden Militärübungen verweigert. Athen wusste hingegen ebenso gut, wie Ankara reagieren würde, wenn die genannten Inseln im Rahmen der Übungen überflogen würden. Die Türkei würde mit dem Einsatz seiner Abfangjäger reagieren, und die bekannten Abdrängmanöver nähmen ihren Lauf.<sup>34)</sup>

33) *Kathimerini*, 28./29. 10. 2000.

34) *To Vima*, 22. 10. 2000.

### *Vertrauensbildung in der Ägäis? Militärische Vorschläge und Konzepte aus Athen und Ankara*

Jorgos Papandreou und Ismail Cem kamen bereits wenige Tage nach den Zwischenfällen um „Destined Glory 2000“ – überraschend für viele politische Beobachter – überein, den Annäherungsprozess weiterzuführen. Ende Oktober vereinbarten beide Außenminister, dass ab November 2000 über die Schaffung

von vertrauensbildenden Maßnahmen verhandelt werden sollte. Nun liegen verschiedene Vorschläge über militärische Kooperation und die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen auf dem Tisch. Die griechisch-türkische „Verhandlungsagenda“ umfasst insgesamt folgende 17 Themen, fünf rein militärische (hierbei soll die NATO vermitteln) und 12 politisch-militärische Bereiche (hier wird bilateral verhandelt):<sup>35)</sup>

35) Vgl. dazu: *To Vima*, 2. 11. 2000, *Kathimerini*, 2. 11. und 5. 11. 2000. Wichtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass es sich hierbei um Vorschläge der einen oder der anderen Seite handelt. Die Aufnahme mancher Themen in die Agenda bedeutet nicht automatisch das Abrücken von alten Positionen, sondern eher die gemeinsame Festlegung dessen, was strittig ist. Im Folgenden werden also Verhandlungsthemen genannt und nicht etwa bereits getroffene Verhandlungsergebnisse präsentiert.

#### ■ A. Militärische Themen (Gespräche unter NATO-Vermittlung)

1. Verminderung von Umfang, Anzahl und Zielsetzung der Militärmanöver in der Ägäis.
2. Gemeinsame Nutzung des Erkennungs- und Ortungssystems IFF/SIF durch Flugzeuge beider Armeen im internationalen Luftraum über der Ägäis.
3. Unbewaffnete Flüge der Militärmaschinen beider Armeen über der Ägäis.
4. Kooperation (cross tell) der beiden Luftwaffenhauptquartiere von Larissa und Izmir (Eskisehir) bei der Ankündigung geplanter Flüge über der Ägäis bzw. im gesamten von Eskisehir kontrollierten türkischen Luftraum.
5. Bekanntgabe von nationalen Manöverplanungen für das Jahr 2001. Dies soll innerhalb des NATO-Ausschusses für Manöverplanung erfolgen.

#### ■ B. Politische und militärische Themen (bilaterale Gespräche)

1. Gegenseitige Besuche von Kriegsschiffen in den Häfen beider Länder.
2. Einrichtung von Kommunikationsverbindungen zwischen den Hafenbehörden und den Küstenwachen Griechenlands und der Türkei.
3. Gegenseitige Manöverbeobachtung durch hohe Militärs beider Länder.
4. Durchführung gemeinsamer Militärmanöver in der Ägäis bzw. im Mittelmeerraum im Rahmen der NATO- „Partnership for Peace“ Vereinbarung.
5. Kooperation im Bereich des „Open Sky“ -Vertrages der NATO zur Überprüfung des Vertrages über die Begrenzung konventioneller Waffen.
6. Zeitliche Ausdehnung der Vereinbarung über den Verzicht auf Militärmanöver in der Ägäis während der touristischen Hochsaison der Sommermonate.

7. Errichtung einer telefonischen Direktverbindung zwischen den beiden Außenministerien und später auch zwischen beiden Ministerpräsidenten und Generalstäben.
8. Regelmäßige Kontaktpflege der Generalstabschefs beider Länder.
9. Kooperation Griechenlands und der Türkei im Rahmen von multinationalen Militärbrigaden, die auf dem Balkan agieren.
10. Kooperation bei Umweltschutzmaßnahmen, vor allem im Grenzgebiet des Flusses Ebro.
11. Ratifizierung von vier bereits in den Jahren 1969-71 vereinbarten Protokollen über die Grenzziehung im Fluß Ebro.
12. Anwendung eines gemeinsamen Protokolls aus dem Jahre 1963 über die Wasserverteilung in der Ebro-Region.

### ■ **Schlussbemerkungen**

In Athen sieht man die Gefahr, dass ein Dialog über militärische Themen schnell in eine Diskussion über die zentralen Probleme der beiden Länder und damit zur Infragestellung eigener Souveränitätsrechte führen könnte. Aus dem griechischen Außenministerium kommt deshalb die Forderung nach gründlichem Studium der Materie und vor allem nach enger Kooperation mit dem Verteidigungsministerium. Genau hier offenbaren sich allerdings Schwierigkeiten, denn das griechische Verteidigungsministerium scheint auf diesbezügliche Anfragen aus dem Außenministerium nicht oder nur zögernd zu reagieren. Aus Gesprächen mit Vertretern des griechischen Generalstabs entnahmen griechische Diplomaten die Einschätzung, wonach die Kollegen im Verteidigungsministerium erhebliche Zweifel an der ehrlichen Absicht der Türkei hegten, wirklich eine Klimaverbesserung im Verhältnis zu Griechenland erreichen zu wollen.<sup>36)</sup> Der griechische Oppositionspolitiker Iannis Varvitsiotis („Neue Demokratie“), ehemals Verteidigungsminister seines Landes, sprach von großen Meinungsunterschieden zwischen dem griechischen Außen- und dem Verteidigungsministerium bezüglich der Athener Türkeipolitik. Offensichtlich werde der griechische Verteidigungsminister, Akis Tsochatsopoulos, nicht ausreichend über die

36) *Ependytis*, 20./21. Mai 2000.

37) *Kathimerini*, 16. 6. 2000.

38) Vgl. zum Folgenden auch: Dokos, Thanos, „Proposals for the reduction of tension between Greece and Turkey“, <http://www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/papers/cyprus.html> (24. 3. 2000).

Türkeipolitik seines Ministerkollegen, Jorgos Papandreou, informiert.<sup>37)</sup>

Die praktischen Maßnahmen zur Spannungsreduzierung und Vertrauensbildung zwischen Athen und Ankara sollten nach Auffassung des Autors in drei Kategorien unterteilt werden:<sup>38)</sup>

1. Maßnahmen zur Spannungsreduzierung, die ohne formalen Abschluss eines Abkommens und ohne ausführliche Verhandlungen erreichbar sind,
2. formale vertrauensbildende Maßnahmen (eingeschlossen sind Übereinkünfte über Obergrenzen von Rüstungspotenzialen)
3. „weiche“ Maßnahmen zur Sicherheits- und Vertrauensbildung (mit Schwerpunkt auf Kontakten von „Mensch zu Mensch“, also innerhalb der Bevölkerung beider Staaten)

Fortschritte in allen drei angeführten Kategorien sind als notwendige, aber nicht als hinreichende Vorbedingung zur Lösung des griechisch-türkischen Konflikts anzusehen. Zuallererst müssen die politischen Voraussetzungen erfüllt sein, damit der Entspannungsprozess erfolgreich fortgesetzt werden kann. Hier ist vor überzogenen Erwartungen zu warnen. Erfolg ist nur möglich, wenn in beiden Staaten politisch starke Führungen an der Macht sind bzw. ein gesamtgesellschaftlicher Konsens – getragen von der großen Mehrheit der politischen Kräfte – besteht, den Prozess der Annäherung und der Spannungsminderung verwirklichen zu wollen. Hinzu kommt die Existenz eines ungefähren militärischen Gleichgewichts, aber auch die aktive und ausgewogene Beteiligung internationaler Akteure (NATO, EU, OSZE, USA) am Prozess der Vertrauensbildung. Wichtig wäre auch die Vermeidung einer Situation, welche beide Länder anlässlich lokaler Konflikte in der Nachbarregion in gegensätzliche Lager ziehen würde. Grundsätzlich müsste in beiden politischen Führungen, aber auch in den Gesellschaften beider Länder Konsens darüber bestehen, dass die politischen sowie ökonomischen Kosten einer fortgesetzten Konfrontation zu hoch sind. Das gilt vor allem für die in beiden Ländern bestehende innenpolitische Opposition gegenüber dem Annäherungsprozess Athen-Ankara. Beide politischen Systeme müssten jedoch innenpolitisch und ökonomisch so sehr gefestigt sein, dass die Gefahr, sich in „außenpolitische



Abenteuer“ zu begeben, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, ausgeschlossen wäre. Politische Voraussetzung zur erfolgreichen Konfliktminderung und Vertrauensbildung ist der unbedingte Wille auf beiden Seiten der Ägäis, eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen wirklich zu wollen. Dazu gehört auch eine Verminderung der militärischen Präsenz. Solange das Verhältnis der Türkei zu ihren Nachbarstaaten im Nordosten, Osten und Südosten (Armenien, Iran, Irak, Syrien) weiterhin gespannt ist<sup>39)</sup>, dürfte für Ankara allerdings eine Reduzierung der Boden- und Luftstreitkräfte, vor allem in den entsprechenden Grenzregionen, inakzeptabel sein. Dies gilt jedoch nicht für die Marine. Weil die griechische Marine der einzige ernstzunehmende Gegenpart für die türkische Flotte darstellt, könnten hingegen Maßnahmen zur Waffenkontrolle der Marine erwogen werden. Die Festlegung einer Obergrenze von Kriegsschiffen und U-Booten wäre ein erster Schritt. In der thrakischen Grenzregion wäre eine beiderseitige Verlagerung schwerer Waffen in 300 Kilometer von der Grenze entfernte Gebiete denkbar. Nur Truppen mit leichter Ausrüstung wären dann noch in der Grenzregion erlaubt. Dies könnten erste Schritte auf dem Weg sein, über Rüstungsbegrenzung zu einer Abrüstung beiderseits der Ägäis zu gelangen.

Im Rahmen von „weichen“ Übereinkünften zur gegenseitigen Vertrauensbildung ist eine regelmäßige Kooperation von Gewerkschaften, Geschäftsleuten, Journalisten, Wissenschaftlern und Bürgern beider Länder unverzichtbar. Zum Abbau von Feindbildern sollten beispielsweise Geschichtsbücher ausgetauscht, diskutiert und im Hinblick auf die Darstellung des jeweils anderen Staates und seiner Gesellschaft überarbeitet werden. Im Bildungsbereich könnte ein regelmäßiger Austausch von Lehrern sowie Schülern, Professoren sowie Studenten zur Gewohnheit werden, und Polizeieinheiten sollten durch gemeinsame Aktivitäten gegen das organisierte Verbrechen zusammenarbeiten. Auch im Tourismusbereich sind vielfältige Kooperationen möglich.

Dies sind nur einige Vorschläge; manche werden bereits von beiden Seiten weiterentwickelt und durchgeführt. Es bleibt abzuwarten, ob der eingeleitete Annäherungsprozess zu einer Beilegung des

39) Vgl. zu den Spannungen der Türkei im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn: Sen, F./Akkaya, C./Özbek, Y., *Länderbericht Türkei*, Darmstadt 1998, S.118-128.

„historischen Konfliktes“ Athen-Ankara führen kann. Die oben beschriebene Entwicklung während des NATO-Manövers „Destined Glory 2000“ verdeutlicht, wie schnell eine abermalige Verschärfung des griechisch-türkischen Konfliktes möglich ist. Im Jahre 2001 gibt es bei der geplanten NATO-Übung „Distant Thunder“, die wiederum in der Türkei (Südostägäis) stattfinden wird, Gelegenheit, die Konfliktvermeidung einzuüben. Der kommandierende NATO-Befehlshaber sollte dann aber besser auf seinem Platz im Manövergebiet bleiben und nicht wie bei „Destined Glory“ geschehen, ins Ausland reisen.